

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 434 06. Mai 2009

15. Jahrgang

Guatemala - nie wieder: ein frommer Wunsch

von Mariano Gonzáles, 22. April in *albedrío*, anlässlich des 11. Todestages von Bischof Gerardi am 26. April.

Elf Jahre nach der Ermordung von Bischof Juan José Gerardi Conedera scheint der aussergewöhnliche Titel des Berichts über die Umstände, unter denen Tausende von Opfern des bewaffneten Konflikts ermordet wurden, nichts weiter als ein frommer Wunsch zu sein.

Es stimmt, dass die Berichte des Projekts zur Wiedererlangung der historischen Erinnerung (REMHI), "Guatemala - nunca más", und der offiziellen Wahrheitskommission "Guatemala - Memoria del Silencio" einen Fortschritt bezüglich der Anerkennung des Geschehenen und der Geschichte des Schmerzes und des Leidens während des bewaffneten Konflikts darstellen. Sie sind Ausdruck eines einzigartigen Willens, die Geschichte der Opfer aufzuzeigen und geben Empfehlungen ab, die darauf abzielen, die Opfer zu erinnern, ihnen ihre Würde zurückzugeben und ihre Hinterbliebenen (teilweise und ungenügend, da Menschenleben nicht ersetzbar sind) zu entschädigen sowie das soziale Gefüge der Familien, die Tote oder Verschwundene zu beklagen haben, zu reparieren.

Doch das Projekt eines anderen, gerechten Guatemalas und der in der Redewendung "Guatemala - nie wieder" enthaltene Wunsch werden von einer Realität zerstört, die sich tragischerweise in jeder Gewalttat wiederholt: Weder Friede noch Gerechtigkeit.

Dessenungeachtet muss man das Ziel im Auge behalten. Gemäss der Wahrheitskommission wurden während des Konfliktes 200'000 Guatemalteken und Guatemaltekinen ermordet oder zum Verschwinden gebracht. Dies ist eine monströse Zahl. Ausserdem wurden unzählige und unterschiedliche Verbrechen begangen, die bis heute nachwirken und das heutige Gesicht des Landes prägen. Seit 1999 bis heute wurden mehr als 40'000 Personen umgebracht. 40'000 neue Opfer, die unter absurden und tragischen Umständen ihr Leben verloren. Wiederholt sich die Geschichte? Haben wir nichts gelernt? Was ist mit uns geschehen, dass wir so weit gekommen sind?

Die Art und Weise und der Grund der Gewaltformen sind unterschiedlich. Die politischen Bedingungen des Landes haben sich verändert und in einem gewissen Sinne haben sie sich verbessert. Trotz Korruption und mangelnder Demokratie ist es ein Fortschritt im Vergleich zu den Militärdiktaturen. Es gibt keine so offensichtliche politische Verfolgung und geringfügiger Pluralismus wird geduldet.

Doch gewisse wirtschaftliche und soziale Konditionen wie die Tatsache der Verarmung, der Ausbeutung und der Ungerechtigkeit sind uns wie offene Schulden hinter-

lassen worden wie brennende Wunden. In erster Linie diese enorme Anzahl von neuen Opfern der Gewalt. Was sind die menschlichen Kosten von 40'000 Morden? Wie viele Familien haben ihre Liebsten durch diese neue, chaotische Gewalt verloren? Was geschieht mit den Waisen und den Witwen der aktuellen Gewalt? Diese Fragen weiss niemand zu beantworten. Es macht sich auch niemand die Mühe, eine Antwort auf diese Fragen zu suchen.

Mehr schlecht als recht versuchen sowohl der Staat wie auch die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Opfer selber, im Rahmen des Möglichen die Schäden des bewaffneten Konflikts wieder gutzumachen. Im Fall der aktuellen Gewalt zeichnen sich keinerlei Bemühungen ab, irgendwelche Schäden wieder gutzumachen. Es scheint vielmehr, als bräuchte es noch viele Opfer mehr, bevor effektive Massnahmen ergriffen werden, die Gewalt zu bekämpfen. Verzweiflung und Angst führen dazu, dass niemand die Notwendigkeit sieht einzugreifen, geschweige denn, präventive Mittel einzusetzen. Die Verachtung des menschlichen Lebens geht weiter, zumindest in dieser Beziehung gibt es eine Kontinuität zwischen dem Konflikt und der aktuellen Realität.

Genau deshalb sollten wir den Tod von Bischof Gerardi und den Tausenden von Opfern des bewaffneten Konflikts nicht erinnern, sondern wir müssen die Vergangenheit aktualisieren. Wir müssen alles daran setzen, aus dem nichterfüllten Traum von Tausenden von Opfern Realität zu machen. Die beste Art, die Erinnerung jener zu würdigen, die nicht mehr sind ist, dieses Land zu verändern, es besser und gerechter zu machen.

Dies ist eine riesige Aufgabe. Aber ich glaube es ist die einzige Möglichkeit, den Opfern gerecht zu werden und die Hoffnung auf ein Miteinander zu bewahren. Es ist nicht bloss ein Thema der Vergangenheit. Und es ist auch nicht ausschliesslich eine Angelegenheit der Gegenwart.

Noch einmal: "Guatemala - nie wieder" ist ein aussergewöhnlicher Wunsch, einer dieser Hoffnungen von einem besseren Leben (E. Bloch), welche ein unerfülltes Versprechen in sich bergen. Der Wunsch ging bisher nicht in Erfüllung. Wir müssen alles daran setzen, dass dieses "Guatemala - nie wieder" eines Tages Realität ist. Dies ist die beste Art, Gerardi und die Opfer von gestern und heute zu ehren.

Neue - alte - Verdächtigungen im Fall Gerardi

Guatemala, 15. April. Bald acht Jahre nach der Verurteilung der Militäranghörigen Byron Lima Oliva, Byron Lima Estrada, des im Gefängnis ermordeten Obdulio Viallanueva sowie des Geistlichen Mario Orantes gab die für den Fall Gerardi zuständige Sonderstaatsanwaltschaft die Namen von mindestens 12 Personen bekannt, die möglicherweise auch mit dem Verbrechen zu tun hatten. Bisher wurden jedoch keine rechtlichen Schritte gegen sie unternommen.

Gemäss Ermittlungsverfahren handelt es sich um eine Gruppe führender Militärs aus dem *Präsidenten Generalstab* (EMP) zu Zeiten von Präsident Alvaro Arzú. Entsprechend hiess es damals in der Urteilsverkündung auch, dass Verbrechen gegen Bischof Gerardi sei "mit Hilfe von Ressourcen und Personal des Staates" begangen worden.

Unter den Verdächtigen befinden sich auch Leute, die beim Prozess der Verurteilten falsches Zeugnis ablegten. In diesem Zusammenhang werden die Namen von folgenden Militäranghörigen genannt: Rudy Vinicio Pozuelos Alegría, ehemaliger Chef des EMP; Francisco Escobar Blass, sein Stellvertreter; Eduardo Villagrán Alfaro, damaliger Dienstchef; René Alvarado Fernández, ehemaliger Sekretär des EMP und Darío Morales García, der Fotograf, der die ersten Fotos am Tatort machte.

Nery Rodenas, Direktor des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHAG) erklärte, dass trotz Anweisungen des Gerichts aus dem Jahre 2001, weitere Untersuchungen gegen 13 Personen zu führen, in all diesen Jahren rein gar nichts geschehen sei. Verantwortlich dafür sei einzig und allein der ehemalige Staatsanwalt Juan Luis Florido, der aufgrund des ansteigenden Drucks Mitte 2008 seinen Job kündigte, nachdem die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) eine Liste vorlegte mit den Namen all jener, die besser aus der Staatsanwaltschaft entfernt werden sollten (¡Fijáte! 416).

"Auch wenn der aktuelle Staatsanwalt sein Bestes tut, gibt es immer noch Leute innerhalb der Staatsanwaltschaft, die aus Eigeninteresse oder Angst die Untersuchungen behindern. Je länger die Verzögerungen andauern, desto schwieriger wird es, die Wahrheit herauszufinden", bedauert Rodenas.

Wie jedes Jahr wurde der Todes-

tag von Gerardi von der katholischen Kirche, Menschenrechtsorganisationen und Teilen der Bevölkerung feierlich begangen. Kardinal Rodolfo Quezada Toruño widmete am 26. April zwanzig Minuten seiner Sonntagsmesse dem verstorbenen Kollegen, den er als wahrhaften Verteidiger der Menschenrechte bezeichnete, und forderte einmal mehr die Aufklärung des Verbrechens: "Es geht nicht um Rache. Wir wollen wissen, wer die intellektuellen und materiellen Täter sind. Wir sind bereit, ihnen zu verzeihen aber wir müssen wissen, wem wir für was verzeihen sollen."

In Washington wurde anlässlich des Todestags des Bischofs die spanische Übersetzung des Buches "Die Kunst des politischen Mordes. Wer tötete den Bischof?" vorgestellt. Der guatemalteckisch-US-amerikanische Autor Francisco Goldmann beschuldigt in seinem Werk, das bereits im Juni 2007 auf englisch erschien, den damaligen Präsidentschaftskandidaten Otto Pérez Molina, massgeblich in den Mord an Gerardi involviert zu sein (siehe ¡Fijáte! 389). Die spanische Version des Buches wurde von der Journalistin Claudia Méndez Arriaza übersetzt und enthält einen um die Kontroversen und ihre Folgen seit 2007 ergänzten Epilog.

"Die Ermordung von Gerardi ist ein Beispiel dafür, wie die Wahrheit die Fiktion überholt. (...) Die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit* (CICIG) könnte eine wichtige Rolle und grosse Unterstützung leisten bei der Aufklärung des Falles", sagte Goldmann bei der Präsentation der spanischen Übersetzung seines Buches.

Nachtrag

Guatemala, 02. Mai. Die Staatsanwaltschaft bestätigte jetzt gegenüber der Presse, dass die Leiche eines Mannes, die am 22. April in der hauptstädtischen Zone 5 gefunden wurde, identifiziert worden ist, und zwar als der pensionierte Oberst Roberto Antonio de la Cruz Prado, der zu den 13 Personen gehört, gegen die seit einiger Zeit im Mordfall an Bischof Gerardi ermittelt wird.

Wenige Tage bevor er erschossen wurde, hatten die ErmittlerInnen die Spur von De la Cruz verloren, informierte der Staatsanwalt Jorge García. Er erklärte, dass De la Cruz in der Nacht des Mordes den Chef des

Generalstabs, Waldemar Reyes Palencia, auf dessen Wunsch am Arbeitsplatz vertreten hatte. Die Staatsanwaltschaft verfüge über einige Hinweise, laut denen De la Cruz an dem Verbrechen beteiligt war. Seine Ermordung wird ganz klar nicht als gewöhnliches Verbrechen betrachtet, so García.

Gleichzeitig schliesst die *Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) tatsächlich nicht aus, die Untersuchungen zu unterstützen, welche die Spezialabteilung für Menschenrechte der Staatsanwaltschaft führt, um den Fall Gerardi aufzuklären.

Von den im Juni 2001 Verurteilten befindet sich der Oberst Byron Disrael Lima Estrada derzeit im Militärkrankenhaus inhaftiert und sein Sohn, Hauptmann Miguel Lima Oliva, kann in einem Jahr seine Freilassung aus dem Gefängnis beantragen.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft einen Antrag ans Gericht gestellt, Zugang zu den Bankkonten von Lima Oliva zu erhalten. Jorge García begründet dieses Ersuchen damit, dass "sichere Informationen vorliegen, wonach der für den Mord an Gerardi verantwortlich gemachte Lima Oliva in Absprache mit Erick Urizar, der im Prozess als Zeuge zu Limas Gunsten aussagte und 2004 ermordet wurde, ein Netzwerk des organisierten Verbrechens bildeten. Wir haben Beweise, die darauf hinweisen, dass Urizar zahlreiche Verbrechen begangen und Lima Oliva ein falsches Alibi besorgt hat."

Der zuständige Richter fordert derweil eine klare und präzise Petition hinsichtlich der Gründe für die Untersuchungen der Konten, da Lima ja bereits im Fall Gerardi verurteilt ist.

Staatsanwalt García ist derweil der Ansicht, dass mit Hilfe der CICIG ein ganzes kriminelles Netzwerk aufgehoben werden kann, das vermutlich immer noch von Lima Oliva angeführt wird. "Es handelt sich um eine weitere Ermittlungsspur. Diese Leute erscheinen kurz nachdem sie ihre Papiere geregelt haben, als Multimillionäre und eröffnen sechs Monate nach dem Tod von Monsignore einen Waffenladen haben. Und zusätzlich sind ihnen verdächtigen Beziehungen zu kriminellen Gruppen nachzuweisen. Es ist dringend notwendig, alle Ermittlungswege auszuschöpfen, um zu einer Schlussfolgerung zu gelangen", so García.

Anstelle von Transparenz: "Verpflichtungen anderer Art"

Guatemala, 01. Mai. Seit Oktober 2008 sind die RichterInnen des *Obersten Gerichtshofes* (CSJ) damit beschäftigt, sich einig zu werden, wer aus ihren Reihen die Präsidentschaft für das letzte Amtsjahr in der aktuellen Besetzung übernimmt. Dreissig Wahlversuche sind bislang gescheitert, da sich keine eindeutige Stimmenmehrheit abzeichnet. Somit ist das Gericht nicht voll arbeitsfähig.

Und schon stehen die nächsten Wahlen an: Im Oktober werden dreizehn "neue" RichterInnen diesen Gerichtshof bestücken, auch die 82-köpfige Equipe des Berufungsgericht wird - alle fünf Jahre wieder - ausgewechselt. Vier Monate im Vorfeld beginnt der übliche Prozess, eine Postulationskommission wird zusammengestellt aus RektorInnen der Rechtsfakultäten, Delegierten der *AnwältInnen- und NotarInnenkammer* (CANG), KammerrichterInnen und RichterInnen des CSJ selbst. Diese Kommission erhält die Bewerbungen, wählt eine bestimmte Anzahl davon aus, und schliesslich obliegt es dem Kongress, die letzte Wahl zu treffen von denjenigen, die dann durch Präsident Colom für die nächste Amtszeit ernannt werden.

Schon jetzt kursiert das Gerücht, dass sich bestimmte Parteien im Kongress zusammengetan und bereits Listen von FavoritInnen erstellt haben. Eigentlich soll der Mechanismus der integrierten Postulationskommission den Wahlprozess der Obersten RichterInnen entpolitisieren und ihre Neutralität gewährleisten. Doch, so beobachtet Carlos Cast-

resana, Chef der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG), seien inzwischen ganz klar auch die nicht-staatlichen Institutionen von politischen Interessen durchdrungen. So beschreibt auch der unabhängige Analyst Giovanni Fratti die übliche Praxis als "dunkle Mafia, die mit schmutzigem Geld die KandidatInnen für den *Obersten Gerichtshof* und andere Schlüsselinstitutionen vorschlägt."

Trotz öffentlich bekundeter Unterstützung diverser Fraktionen spürt Nineth Montenegro zurzeit heftigen Gegenwind auf dieser See. Angesichts der offenkundigen Vettern- und Cousinwirtschaft in Bezug auf die Ernennung derer, die in den nächsten fünf Jahren Recht sprechen sollen, hat sie als Vorsitzende der Kongresskommission zur Reform des Justizsektors zusammen mit dem zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss *Pro Justicia* einen Gesetzesvorschlag zur Regulierung der Magistratsernennung vorgelegt. Diese ist bislang mit viel Interpretationsspielraum allein in der Verfassung reguliert. Indes werden in der neuen Gesetzesinitiative Prozedere und Funktionen der Kommissionen festgelegt, die die Kandidaturlisten für RichterInnen am CSJ, am Berufungsgericht, für den Generalrechnungsprüfer, den Generalstaatsanwalt und die RichterInnen des *Obersten Wahlgericht* (TSE) aufsetzen. Ausserdem legt sie einen Kriterienkatalog für die Auswahl der KandidatInnen vor, die während des gesamten Prozesses zudem öffentlich stattfinden soll und nicht, wie bislang, hinter verschlossenen Türen.

Damit diese Vorgaben gleich für die anstehenden Wahlen gelten, müssten sie zügig und vor Einberufung der Postulationskommissionen vom Kongress verabschiedet werden. Der Interimspräsident des CSJ, Rubén Eliú Higueros, drängt den Kongress zur Eile. Dazu meint Nineth Montenegro: "Der Kongresspräsident kann noch bis Juli die Kommissionen zusammenrufen. Wenn es genug politischen Willen gäbe, Transparenz in die Wahlen zu bringen, wäre noch Zeit. Aber auf den Kongressgängen ist es bereits ein offenes Geheimnis, dass ein Gesetz für die Ernennung nicht gewünscht wird, denn scheinbar überwiegen Verpflichtungen anderer Art."

Obwohl das Gesetz durch die ersten zwei Lesungen im Parlament gegangen ist, halten zahlreiche Einwände und Artikeldiskussionen den Verabschiedungsprozess genauso auf wie "absurde Prozessmassnahmen", so Montenegro: willkürliche Pausen oder das Herausögern und Vorziehen anderer Kon-

gressentscheidungen. Neben dem Zeitdruck für dieses Gesetz steht nämlich in Kürze wieder die parlamentarische Sommerpause an und noch einige hängige Plenaraufgaben sind zu erledigen.

Auf die Frage, wer konkret daran interessiert sein könnte, dass das Gesetz nicht gedeihe, ist Montenegro offen: "Sie mit Namen zu nennen, wäre nicht angebracht, aber ich sage Ihnen dennoch, dass es diejenigen sind, die noch ausstehende Prozesse haben und in der Vergangenheit an der Regierung waren. Nun, noch klarer kann ich es nicht sagen. Sie wollen ihre bestimmten Richter und Magistraten haben, damit im Moment der Rechtsprechung die Justiz blind ist, so wie jetzt. Aber es gehören auch jene dazu, die möglicherweise in der Zukunft einen Prozess fürchten müssen, denn wir beobachten jetzt schon so manche unklaren Mächenschaften, zum Beispiel im Sozialprogramm "Meine Familie entwickelt sich", für das keine Abrechnungen eingereicht werden, wie , das ich durchaus für notwendig erachte. Man weiss nicht, ob die Gelder überhaupt fliessen und wer sie tatsächlich erhält."

Die Haltung von Präsident Colom sieht Montenegro derweil in den Aussagen von Kongresspräsident Roberto Alejos widerspiegelt: Dieser spricht sich für die Einberufung der Kommissionen im Mai aus und will anstelle des Gesetzes ein Reglement aufstellen. Ausserdem seien andere Gesetze, wie das zur Steuerreform dringlicher. Die wenige Unterstützung, die die Gesetzesinitiative derzeit genießt, kommt von der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG), dem *Zentrum für Soziale Aktion* (CASA) und einigen unabhängigen Abgeordneten.

Derweil kündigten auch die *Vereinten Nationen* ihr Interesse an diesem Thema an. Der *Sonderbeauftragte zur Unabhängigkeit von RichterInnen und AnwältInnen*, Leandro Despouy, hatte bereits bei seinem Besuch Anfang des Jahres die Situation im CSJ kritisiert: "Die Bevölkerung merkt, dass das, was in dieser Instanz diskutiert wird, sich auf Macht- und Einflussebenen abspielt, die überhaupt nichts mit der Funktion dieses Tribunals zu tun hat und darin besteht, Rechtsurteile zu fällen und die Unabhängigkeit der Judikative zu verteidigen." In den nächsten Tagen wird Despouy zu Gesprächen erneut nach Guatemala reisen. Auch wurde bereits angekündigt, dass seine Sonderkommission die Wahlen im Oktober beobachten und sich ab sofort eine entsprechende Delegation im Land aufhalten wird.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:
Barbara Müller**

**Christiane Treeck
c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg**

**fijate@web.de
E-Mail-Abo: 50.-•**

**Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht.**

www.guatemala.de/Fijate

Der Staat muss seine Karten offenlegen

Guatemala, 30. April. Seit dem 21. April müssen alle Institutionen, die staatliche Gelder erhalten und ausgeben, Rechenschaft über ihre Geldflüsse ablegen, und zwar in aktualisierter Version vor jeder Person, die Informationen haben möchte. Und zwar ohne bürokratische Hürden (siehe ¡Fijáte! 421). Diese Pflicht obliegt neben den Ministerien, Regierungssekretariaten und staatlichen Instanzen auch den Gemeindeverwaltungen und den staatlich finanzierten Nichtregierungsorganisationen. Auch die Treuhandsfonds müssen auf Anfrage offengelegt werden. Das im Oktober verabschiedete Gesetz sieht zwei Zugangsvarianten vor: die persönliche Anfrage am obligatorisch dafür eingerichteten Informationsschalter in den Behörden und Geschäftsstellen, oder via Internet.

Das Verteidigungsministerium, die *Steuer-Superintendanz* (SAT) und die Bankenaufsicht waren die ersten in der Vervollständigung ihrer Informationen, schalteten die entsprechenden Internetseiten jedoch erst um Punkt 0:00 Uhr des 21. April frei. Die Ministerien des Inneren, der Arbeit und der Gesundheit sowie die Präsidialen Sekretariate der Frau, der *Sozialen Werke der Präsidentengattin* (SOSEP) und der *Sozialen Wohlfahrt* hängen derweil völlig hinterher. Sie haben zwar die Internetseiten eingerichtet, jedoch keine Information hineingestellt oder entschuldigen sich mit technischen Problemen.

Andere versuchen sich vor dem Blick hinter ihre Kulissen zu winden, indem sie Informationen unvollständig oder verallgemeinert darstellen oder aber zusammengehörige Informationen verstreut auflisten. *Das Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau* probierte es gar mit einer institutionseigenen Resolution, laut der die Informationen im Zusammenhang mit dem Strassenbau und der Telekommunikation nicht zu veröffentlichen seien, da dadurch staatliche Interessen verletzt würden. Erst auf einen Revisionseinspruch der beiden Abgeordneten Rosa María de Frade y Rodolfo Aníbal García hin, die sich für das Gesetz von Anfang an eingesetzt hatten, wurde die Resolution wieder zurückgezogen. Minister Luis Alejos entschuldigte sich bei der Bevölkerung, man habe einen Fehler gemacht. Es habe eine Begriffsverwechslung von "vorbehaltlichen" und "vertraulichen" Daten gegeben.

Das *Menschenrechtsprokurat* (PDH), das zuständig ist für die Über-

wachung der Einhaltung des Gesetzes, beobachtet zudem, dass vor allem die Kommunen Schwierigkeiten haben, ihre Verpflichtungen in Sachen Informationsfreigabe zu erfüllen. Von 229 überprüften Gemeindeverwaltungen hätten nur 60 die geforderte BürgerInneninfostelle eingerichtet, 26 seien dabei und 143 hätten noch nicht einmal damit angefangen. Als Gründe für die Verzögerung werden fehlende Ressourcen, unzureichendes Wissen über die Gesetzesfunktion und schliesslich der mangelnde Platz genannt, um ein entsprechendes Büro zu eröffnen.

Vizepräsident Rafael Espada überreichte im Rahmen des Eröffnungsaktes Manfredo Marroquín, dem Leiter der Organisation *Acción Ciudadana*, der guatemaltekischen Dependence von *Transparency International*, auf deren Anfrage die Gehaltsliste seines Ressorts. Er hatte im Vorfeld bereits angekündigt, dass Informationen in Bezug auf die Nationale Sicherheit sowie von laufenden Verhandlungen internationaler Abkommen, die ratifiziert werden müssen, seiner Ansicht nach nicht publik gemacht werden könnten, letztere würden aber nach Inkrafttreten der Öffentlichkeit zur Einsicht zur Verfügung gestellt.

Derweil haben die ersten Einblicke in die Geldflüsse für eine erste Empörungswelle gesorgt. So sind nun unter anderem die Zahlungen bekannt geworden, die die FunktionärInnen des Verfassungsgerichts erhalten. Demnach bekommt einE gewöhnlicheR VerfassungsrichterIn mit Gehalt und diversen Zusatzleistungen im Jahr rund 1 Mio. 175.185 Quetzales, somit im Monat rund 100.000 Quetzales (ca. US-\$ 13.000).

Dazu nutzen manche von ihnen noch die Gelegenheit, auch Reise- und ÄrztInnenkosten über das Verfassungsgericht abzurechnen. Die Mitte April abgelöste Gerichtspräsidentin, Gladys Chacón - die RichterInnen wechseln jahresweise den Posten - liess auf diese Weise zwischen Juli 2006 und März 2009 Ausgaben über rund 680'000 Quetzales für Auslandsreisen, chirurgische Eingriffe und Medikamente abdecken.

Knapp vier Minuten nach Inkrafttreten wurde indes die erste von insgesamt bislang drei Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz zum Informationszugang eingereicht, die letztlich jedoch alle bereits vom Verfassungsgericht zurückgewiesen wurden.

Für den im Menschenrechtsprokurat zuständigen Kommissionssekretär

Juan Archila ist es nun das Wichtigste, die BürgerInnen dazu aufzufordern, ihre Rechte auf Information in Anspruch zu nehmen, denn, so Archila, in dem Masse, wie sie dieses nutzen, werden die Institutionen sich auch bemühen, das Gesetz in seinen Vorgaben zu erfüllen.

Und es ist just das *Menschenrechtsprokurat* (PDH), das - so analysiert die *Myrna-Mack-Stiftung* ausführlich - mit dem *Reglement des Auskunftsdienstes über Menschenrechtsverletzungen* (SEREVIDH) das Gesetz zum Informationszugang untergräbt. In dieser Vorlage erläutert das Prokurat, wer unter welchen Umständen die Erlaubnis erhält, Einblick in das *Historische Archiv der Nationalpolizei* nehmen zu dürfen (siehe ¡Fijáte! 432). Im Zweifel entscheidet Menschenrechtsprokurator Sergio Morales persönlich und nimmt sich zudem das Recht heraus, Personen, die sich den Verhaltensanordnungen nicht fügen, den weiteren Zugang zu den Akten zu verweigern.

Laut Reglement muss jede antragstellende Person ausführliche Informationen hinsichtlich ihres Interesses preisgeben, die die persönlichen Angaben im jetzt gültigen Informationszugangsgesetz weit überschreiten. Ausserdem werde der Einblick nur erlaubt, wenn die in den Dokumenten namentlich genannten Personen ihre Einwilligung dafür gegeben hätten. Alle anderen Namen würden unkenntlich gemacht. Die *Myrna-Mack-Stiftung* betrachtet dies als groben Verstoß gegen den Charakter des Archivs, das ja gerade dazu dasein sollte, die Identifizierung von AkteurInnen von Menschenrechtsverletzungen zu ermöglichen. Die Forderung, die in den Dokumenten genannten Personen um Autorisierung zu bitten sei insofern unsinnig, weil die InteressentInnen ja durch die Schwärzung gar nicht wissen, an wen sie sich richten müssen.

Die Stiftung hebt hervor, dass der Eigentumsanspruch des Prokurats auf das Historische Polizeiarchiv sich lediglich auf das hergestellte Material wie digitalisierte Dokumente und von den Dokumenten gemachte Fotos beziehen könne, aber auf keinen Fall auf den Inhalt dieser Akten, der ohne jegliche Einschränkung oder gar autoritäre Kontrolle der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden müsse. Das Prokurat verstosse also mit seinem Reglement klar gegen einige Artikel der Verfassung und des Informationsgesetzes.

Neue Perspektiven für MigrantInnen in den USA?

Guatemala, 30. April. Deutlich entspannte diplomatische Verbindungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern und den USA sowie die Perspektive auf den Beginn einer neuen Etappe in den Beziehungen zwischen den Ländern des Kontinents, die in erster Linie einen Akzent auf den Multilateralismus legen sollen, prägten den *V Amerika-Gipfel*, der Mitte April in Trinidad und Tobago stattfand. 34 Staats- und RegierungschefInnen waren zugegen, darunter Barack Obama persönlich.

Ein wesentliches Thema des Gipfels war die Verkündung von guten Absichten, Kuba wieder in das *System der Amerikanischen Staaten* und in die Organisation derselben (OAS) aufzunehmen, begleitet von Zusagen Obamas, den Reise- und Geldverkehr zwischen den USA und der Insel zu öffnen. Jedoch wurde keinerlei entsprechende Zusage in die Abschlusserklärung aufgenommen. Darüber hinaus beschäftigte sich der Gipfel mit der wahrgenommenen Notwendigkeit, den Kampf gegen den Drogenhandel zu verschärfen, was mit der Überlegung einherging, den Etat für die *Initiative Mérida* zu erhöhen, dem dem *Plan Colombia* ähnelnden Plan, mit US-amerikanischer Finanz- und Logistikunterstützung dem Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, dem organisierten Verbrechen und dem Terrorismus in der Region Mexiko und Zentralamerika vor allem militärisch Einhalt zu gebieten.

Man sprach vom Geist der Gleichberechtigung und äusserte sich zur weltweiten Wirtschaftskrise.

Auch die Problematik der Migration wurde thematisiert. Präsident Colom, dessen nationaler Hauptauftrag darin bestand, sich für die guatemaltekischen MigrantInnen in den USA einzusetzen, kehrte mit vielversprechenden Informationen zurück nach Guatemala.

So versichert er, Obama habe den zentralamerikanischen Präsidenten das konkrete Angebot unterbreitet, den Landarbeitkräften der Region einen legalen Aufenthaltsstatus zu verschaffen. Voraussetzung dafür sei jedoch, zunächst eine Einigung zwischen den Arbeitgebenden sowie den Regierungen der USA und Zentralamerika zu erreichen. Diese zu erarbeiten ist in der nächsten Zeit Aufgabe der AussenministerInnen der entsprechenden Länder.

Colom erhielt derweil Unterstützung seiner NachbarstaatenkollegInnen bei seinem Antrag an Obama, den *Temporären Schutzstatus* (TPS), den Migrantinnen aus El Salvador, Honduras und Nicaragua in den USA beantragen können, auch auf Guatemaltekinnen auszuweiten. Obama liess sich zumindest darauf ein, diese Möglichkeit prüfen zu wollen. Die zum Teil katastrophale Situation der ohne Dokumente in den USA lebenden MigrantInnen wurde dagegen nicht erörtert.

Obama selbst erklärte sich unterdessen zum Befürworter einer Migrati-

onsreform, die generell die mögliche "Naturalisierung" der EinwanderInnen ohne Papiere beinhalte. Doch vorher müssten die US-AmerikanerInnen davon überzeugt werden, dass alles Erdenkliche getan werde, die Sicherheit der Grenzen zu garantieren.

Gleichzeitig setzt die USA darauf, die Erfahrungen aus El Salvador auf Guatemala und Honduras zu übertragen: Dort funktioniert seit Oktober 2007 das so genannte *Transnationale Anti-Jugendbanden-Zentrum* (CAT), ein Programm, mittels dem die salvadorianische Polizei vom US-amerikanischen FBI und *State-Department* trainiert und umfangreich ausgestattet wird, um gegen die Jugendbanden im Land vorzugehen. Dazu gehört eine Datenbasis, die in den USA und El Salvador gespeist und abgeglichen wird, wodurch die Ermittlungen gegen Verdächtige erleichtert werden soll. Unklar ist derweil, in welchem ermittlungstechnischen Rahmen die Speicherung der Daten einschliesslich der Fingerabdrücke vonstatten geht, liegt es doch nahe anzunehmen, dass auch diejenigen Personen in das Register aufgenommen werden, die allein aufgrund fehlender Aufenthaltspapiere in die Fänge der schnell die MigrantInnen kriminalisierenden Polizei und anderen Häscher geraten, festgenommen werden und in meist überfüllten Gefängnissen auf ihre Abschiebung warten.

Der nächste *Amerikagipfel* wird 2013 stattfinden.

Was braucht es für die öffentliche Sicherheit wirklich?

Guatemala, 03. Mai. Der Bescheid der Vereinten Nationen ist da: Das Mandat der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) wird um zwei Jahre bis 2011 verlängert. Während die CICIG die ungeduldigen SkeptikerInnen eine Zeit hat warten lassen, hat die Kommission jüngst wesentliche Ermittlungserfolge in einigen grosskalibrigen Fällen vorgelegt: Sie ist den Geldhinterziehungen von Ex-Präsident Alfonso Portillo genauso auf der Spur wie seinen damaligen Kompagnons im Verteidigungsministerium, hat die Fährte aufgenommen im Fall der Metzelleien unter den Drogenkartellen, sie unterstützt die Staatsanwaltschaft in mehreren Einzelmorden und hat zur Festnahme von TäterInnen der in letzter Zeit sich erneut vermehrenden Entführungen beigetragen.

Derweil steht Innenminister Salvador Gándara seit einigen Tagen vor dem Kongress und muss seine Amtsführung rechtfertigen. Die sich im Block mit dem Namen *Erneuerte demokratische Freiheit* (LIDER) zusammengeschlossenen

FRG, PAN, UCN und die *Patriotische Partei* (PP) drängten bereits Ende März auf eine Interpellation von Gándara, der Anfang Januar recht überraschend Francisco Jiménez in Amt ablöste. Auch die Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) wird sich an der Befragung des Innenministers beteiligen, der zu erklären hat, warum sein Ressort nur sehr geringe Ausgaben getätigt hat und darüber hinaus eine Überweisung von 277 Mio. Quetzales an das Regierungsprogramm der *Sozialen Kohäsion*. Auch das Fehlen eines ausgearbeiteten Sicherheitsplans bedarf einer Erläuterung. Zivile Organisationen fordern gar Gándaras Entlassung. Sie werfen ihm Unfähigkeit und repressive Massnahmen vor.

Mittlerweile hat Präsident Colom mit Gándaras Sekundierung seinen zwischen durch modifizierten Plan wieder aufgenommen, der vorsieht, bis zum Ende seiner Amtszeit 35'000 ausgebildete ZivilpolizistInnen zur Verfügung zu haben. Auch wenn immer wieder von grossen Gruppen berichtet wird, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, be-

zweifeln manche AnalystInnen die Realisierbarkeit des Vorhabens, wenn es sich denn wirklich um gründlich trainierte und geschulte Leute handelt, die die Sicherheit der BürgerInnen gewährleisten sollen. Bislang funktioniert nur eine Akademie vollständig, die vor einigen Monaten eröffnete Polizeiakademie in San Juan Sacatepéquez entbehrt grundlegender Infrastruktur und die, die für den Westen des Landes in Huehuetenango vorgesehen ist, ist immer noch in Planung.

Inzwischen versuchen auch die Autoritäten selbst das Image der Polizei zu stärken und ehrten mit recht grossem Aufgebot letzte Woche fünf Polizisten, die unter bislang nicht geklärten Umständen in einen Hinterhalt von Drogendealern geraten waren und erschossen wurden. Tags drauf gab es auch für zwei weitere bei einem Schusswechsel mit Kriminellen getötete Polizeibeamte einen öffentlichen Akt. Gleichzeitig wirbt die Institution auf Jobbörsen um AspirantInnen - für einen in diesen finanziellen Krisenzeiten sicheren Arbeitsplatz.

Pablo Monsanto aus dem Dornröschenschlaf erwacht

Seit den letzten Wahlen ist es ruhig geworden um die guatemaltekische Linke. Ihre Vertretung im Kongress ist gering, ihre politische Einflussnahme gleich null. Während die Partei *Encuentro por Guatemala* ursprünglich vier Kongresssitze gewann, haben in der Zwischenzeit ausser der Parteichefin Nineth Montenegro die drei anderen Abgeordneten der Partei den Rücken zugekehrt und amtieren vorläufig als "unabhängig". Die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) gewann zwei Sitze - die Namen ihrer beiden Abgeordneten, Héctor Nuila und Walter Felix, tauchen gelegentlich im Zusammenhang mit Themen der Landfrage und den Naturressourcen auf. Viel mehr als hin und wieder ein Kommuniqué dringt von der Partei aber nicht an die Öffentlichkeit. Die dritte zu den Wahlen 2008 angetretene linke Partei - die *Allianz neue Nation ANN* von Ex-Guerilla-Kommandant Pablo Monsanto - erreichte die zum Partei-Überleben notwendigen 5% der WählerInnenstimmen nicht und musste aufgelöst werden.

Dass überhaupt drei linke Parteien zu den Wahlen antraten, ist der Tatsache geschuldet, dass die guatemaltekische Linke sich nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen nie konsolidieren konnte und die damals zur Partei URNG umgewandelte Guerilla sehr schnell wieder in nie aufgearbeitete alte Macht- und politische Linienkämpfe zerfiel. Die jeweils im Hinblick auf die Wahlen geschlossenen Zweckbündnisse zerfielen meist über der Frage, wer als PräsidentschaftskandidatIn aufgestellt wird und wer wie viele Abgeordnete stellen durfte. Das jüngste Beispiel war ein Zusammenschluss von Nineth Montenegro und Pablo Monsanto im Hinblick auf die Wahlen 2007, welches nach kurzer Zeit auseinanderfiel und dazu führte, dass Monsanto allein und Nineth im Bündnis mit Rigoberta Menchús Gruppe Winaq in den Wahlkampf zog.

Gebetsmühlenartig hiess es nach allen verlorenen Wahlen, man müsse endlich gründlich über die Bücher gehen und einen "Prozess von unten" anstreben, die Basis stärker mobilisieren und in partizipative Prozesse einbinden. Hehre Ziele und schöne Worte - Ansätze allerdings, die aus welchen Gründen auch immer relativ schnell versandeten.

Nun scheint sich das Spiel von neuem zu wiederholen: Datiert mit "April 2009" und illustriert mit einem Che-Gue-

vara-Portrait und dessen Satz "Wenn wir in der Lage sind, uns zusammenzuschliessen - wie nah und wunderbar wäre doch die Zukunft", veröffentlichte Pablo Monsanto auf der Internetplattform *albedrio* am 22. April ein elfseitiges Dokument mit dem Titel "Y ahora: la izquierda!" (Und jetzt: Die Linke!). Das Dokument ist - gelinde gesagt - alter Kaffee, sowohl was die Analyse betrifft wie auch wenn es um Visionen geht.

Gemäss Monsanto ist es "wichtig und notwendig, die revolutionären und demokratischen Bewegungen Guatemalas zu retten und wieder zu aktivieren". Dafür sei jetzt der konjunkturell richtige Moment, befinde sich doch einerseits nach dem Zusammenbruch des Neoliberalismus die Rechte in der Krise und herrsche andererseits mit dem Ausbreiten demokratischer (Brasilien, Argentinien, Chile und Honduras) und bolivarianisch ausgerichteter Regierungen (Venezuela, Ecuador, Bolivien, Nicaragua, Paraguay, Uruguay und Cuba) das geeignete Klima, in dem auch Guatemala auf diesen Zug aufspringen könne. Dass Guatemala von den Vereinten Nationen zum "gescheiterten Staat" deklariert worden sei, habe rein gar nichts mit der Linken zu tun, sondern sei allein das Ergebnis der Politik der Rechten und der reaktionären Kreise, die während der letzten 55 Jahre das Land regiert haben.

Fast zynisch mutet die Selbstkritik an, die Monsanto an der Linken übt. Er sieht drei Grundprobleme, welche die verschiedenen Gruppierungen je separat (statt gemeinsam) angegangen habe: 1. das Fehlen von Mitgliedern/Militanten, 2. die organisativen Schwächen und 3. die miserablen Wahlergebnisse. Die drei Punkte würden zusammenhängen, denn "wäre es nötig, zu kollektivem linken Handeln aufzurufen, wenn alle drei Gruppierungen bei den Wahlen erfolgreich gewesen wären, wenn alle genügend Mitglieder aufweisen könnten und wenn sie als Organisationen stark genug wären, mit den beiden anderen Problemen fertigzuwerden?" fragt Monsanto rhetorisch. Um dann gleich sein Ziel zu formulieren: Räume für die linke politische Debatte zu schaffen, neue Leute in diese Debatten einzubeziehen und ein neues politisches Projekt zu realisieren - wenn daraus eine Partei entstehe, umso besser.

Wer die linken politischen Diskussionen in Guatemala während der letzten Jahre verfolgt hat, kann ein Gähnen

nur mit Mühe unterdrücken. Umso mehr, wenn Monsanto sich darüber auslässt, WIE er dies alles erreichen will: Durch "positive Diskriminierung" der Frauen, will heissen, paternalistische Frauenförderung im Sinne von "das Recht auf die Entwicklung einer femininen (!) Identität zu erlauben und zu respektieren". Weiter durch das Überwinden des Generationengrabs, indem die Partizipation der Jugend gefördert werden soll, was aber "in keinem Moment heisst, dass die historischen Leader ausgeschlossen sein sollen" - womit er seine Vormachtstellung gesichert hätte. Als nächstes soll selbstverständlich die indigene Bevölkerung an dem ganzen Prozess beteiligt und die ethnische, politische und geschlechterspezifische Pluralität gewährleistet werden. Und zusammengefasst: "Die tiefe Krise, welche die guatemaltekische Linke durchläuft, braucht eine grosszügige Geste aller beim Versuch, ein gemeinsames und einheitliches Projekt aufzubauen. Die Sektor-eigenen Interessen, so legitim diese auch sein mögen, müssen im Interesse des gemeinsamen Projekts zurückgestellt werden. Die selbstzerstörerischen Grabenkämpfe, welche die Linke in letzter Zeit geprägt haben, müssen überwunden werden. Die Situation verlangt es, dass wir alle an ein 'anderes Guatemala ist möglich' glauben, unsere Energie und Kraft mehr denn je Verantwortungsbewusst und in Solidarität vereinen, um gemeinsam die revolutionäre Bewegung des 21. Jahrhunderts aus der Wiege zu heben."

Fast möchte man ein "Amen" hinzufügen...

Interessanterweise und obwohl das Dokument nur von Pablo Monsanto unterzeichnet ist, schreibt er immer in der "Wir"-Form und benutzt auffallend oft den Begriff "izquierda unida", vereinte Linke. Wer genau dieses "Wir" ist, bleibt offen. Gibt man jedoch im Internet den Begriff "Izquierda Unida" ein, stösst man sehr schnell auf die Webseite der spanischen Partei "Izquierda Unida". Bis hin zum Slogan und dem Logo ist Montsantos neues politisches Projekt von der spanischen "IU" abgekupfert und, es ist davon auszugehen, wohl auch finanziert.

Das Dokument "Y ahora: la izquierda!" kann auf <http://www.albedrio.org/html/documentos/YAHORALAIZQUIERDA.pdf> angeschaut oder heruntergeladen werden.